



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andreas Bleck
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Christian Lange MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
bei der Bundesministerin der Justiz und
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

18. Januar 2021

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 1/092 vom 11. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 1/092:

Hat die Bundesregierung oder eine ihrer untergeordneten Behörden Gespräche mit der US-amerikanischen Regierung oder einer ihr untergeordneten Behörde geführt, den Sänger Michael Wendler nach Deutschland auszuliefern, und wenn ja, mit welchem Ergebnis
[\(<https://www.ksta.de/kultur/-versteckt-sich-vor-regierung--us-sender-nbc-nimmt-wendler-unter-die-lupe-37913468?cb=1610362261356>\)?](https://www.ksta.de/kultur/-versteckt-sich-vor-regierung--us-sender-nbc-nimmt-wendler-unter-die-lupe-37913468?cb=1610362261356)

Antwort:

Die Bundesregierung weist zunächst darauf hin, dass Strafverfahren grundsätzlich in die Zuständigkeit der Länder fallen. Im Übrigen äußert sich die Bundesregierung nicht zu etwaigen justiziellen Rechtshilfeersuchen. Trotz der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Pflicht der Bundesregierung, Informationsansprüche des Deutschen Bundestages zu erfüllen, tritt hier nach sorgfältiger Abwägung der betroffenen Belange das Informationsinteresse des Parlaments hinter den konkret berechtigten Geheimhaltungsinteressen eines Rechtshilfeersuchens zurück. Das Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionsfähigen Strafrechtspflege leitet sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ab und hat damit ebenfalls Verfassungsrang. Zudem wird das verfassungsrechtlich verbürgte Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung durch gleichfalls Verfassungsrang genießende schutzwürdige Interessen wie das Staatswohl begrenzt.

Mit freundlichen Grüßen

